

## Bundesrepublik Deutschland - Rittersturzkonferenz

[Die Bundesrepublik ist kein Staat, sondern geschäftsführender Justiziar der Ländersimulationen in einem staatlich-vorgetäuschem Provisorium und wird nicht regiert, sondern geschäftsmäßig als Wirtschafts- und Verwaltungseinheit unter Besatzung betrieben. \(Art. 120, 65, 133 GG\).](#)

[Deutscher Bundestag WD 1 3010 - 038/08, Wissenschaftliche Dienste des Bundestages](#)  
[Verfasser: Dr. Jörg D. Krämer, Ausarbeitung WD 1 3010 - 038/08](#)  
[Gesamtsstaatliche Aspekte der Rittersturzkonferenz 1948](#)

zusammenfassender Auszug:

...Immer wieder betonten alle Teilnehmer, daß man an der Einheit der Nation festhalten wolle und diesem langfristigen Ziel durch den provisorischen Charakter der "Verfassungsgebenden Versammlung", der "Verfassung" und der "Staatsgründung" Ausdruck verleihen wolle. So einigte man sich auf einen "Parlamentarischen Rat" anstelle einer "Verfassungsgebenden Versammlung", auf ein "Grundgesetz" anstelle einer "Verfassung" und ein "Provisorium" anstelle einer Weststaatsgründung.

Die späteren Entscheidungen des Parlamentarischen Rates verwässerten die Absichten der Ministerpräsidenten hinsichtlich des provisorischen Charakters deutlich.

In der Mantelnote zu den Koblenzer Beschlüssen weisen die Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang zudem darauf hin, daß eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden könne, *"wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren"*. Carlo Schmid definierte das "Grundgesetz" als für die "einheitliche Verwaltung des Besatzungsgebiets der Westmächte" gedacht.

Also nicht "Regierung", sondern "Verwaltung".

Rainer Volk hält es für "wichtig, daß eben nicht von ‚Regierung‘ die Rede ist.

Carlo Schmid (SPD) hatte in einem Namensbeitrag für das Schwäbische Tageblatt bereits Mitte Juni 1948 mit deutlichen Worten den provisorischen Charakter einer möglichen Weststaatsgründung beschrieben: *"Den Deutschen, die glauben könnten, daß wir mit dieser Formulierung einen Verzicht leisten, sei gesagt, daß ein Staat ein Staatsvolk voraussetzt und daß es ein westdeutsches Staatsvolk nicht gibt, sondern nur ein gesamtdeutsches."*

In Dokument III der Frankfurter Dokumente ist nicht von "politischer" Einheit, sondern nur von administrativer und wirtschaftlicher Einheit die Rede.

Daraus schlossen einige Anwesende, daß das zukünftige Gebilde gar keine Staatsqualität haben solle. Die Diskussionen um das zukünftige staatliche Gebilde bestechen durch unpräzise Formulierungen. Der Bayerische Ministerpräsident Erhard etwa, ein hervorragender Jurist, spricht von *"...irgendeiner Organisation, die über den Ländern so etwas Ähnliches wie eine Regierungsgewalt schafft."* Es soll wohl vor allem das Verdienst Carlo Schmidts gewesen sein, daß sich die SPD, und damit letztendlich auch die Rittersturzkonferenz auf ein Provisoriumskonzept „verständigte“